

KLAUS BECHTOLD

stellvertretender Geschäftsführer des Hessischen Jugendrings,

DR. MARCO FATFAT

Referent für politische Bildung im Hessischen Jugendring



: Wehrhafte Demokratie? Nicht ohne verlässliche Demokratieförderung

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie lebt von Menschen, die sich tagtäglich für sie einsetzen. Demokratieförderung ist daher auch kein bloßes „Nice-to-have“, sondern gehört zur Daseinsvorsorge eines liberalen Rechtsstaates. Dies wird umso deutlicher in Zeiten, in denen autoritäre und antidemokratische Kräfte mehr und mehr Zulauf erhalten und rechtsextreme, rassistische und antisemitische Angriffe zunehmen.

Statt die wichtige Arbeit, die im Rahmen der Demokratieförderung geleistet wird, wertzuschätzen, wird diese von verschiedenen Akteur_innen zunehmend grundsätzlich in Zweifel gezogen. Der ebenso falsche wie gefährliche Vorwurf lautet dabei, dass Demokratieförderung ein in weiten Teilen ideologisches, parteiisches Projekt sei und vor allem der Finanzierung bestimmter Organisationen diene. Dabei wird das Engagement einzelner etablierter Träger delegitimiert und die vielfältige demokratische Zivilgesellschaft in verdächtige und unverdächtige Gruppen unterteilt.

Für erhebliche Kritik hat vor diesem Hintergrund auch die geplante Neuausrichtung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch Bundesfamilienministerin Karin Prien gesorgt. Zahlreiche Projekte und Initiativen sehen ihre Existenz bedroht. Rund 200 Projekte könnten nach den bisherigen Planungen ihre Förderung verlieren. Kritik kommt nicht nur aus der Opposition, sondern auch aus der Zivilgesellschaft, aus Wissenschaft, Kirchen und Teilen der Regierungskoalition selbst. Dieser Kritik hat sich auch der Hessische Jugendring angeschlossen.

Auf ein Missverständnis – oder vielleicht sogar eine absichtliche Falscherzählung – sollte dabei ausführlicher eingegangen werden: Der Zweck des Bundesprogramms war nie die Finanzierung von Organisationen und Vereinen, sondern die Bereitstellung gewisser Angebote im Bereich von Bildung, Prävention oder Beratung. Diese Angebote richten sich an

Schulen, Betroffene von Antisemitismus oder Rassismus, an Bürgermeister_innen, an Vereinsvorstände, an Eltern von radikalisierten Kindern und an viele mehr.

Dass sich der Staat zur Sicherstellung solcher Angebote professioneller freier Träger bedient, ergibt sich aus Überlegungen, die zum Kernbestand demokratischer Gesellschaften zählen. Erstens sollte der Staat immer nur dann selbst tätig werden, wenn Akteure auf niedrigerer (nichtstaatlicher) Ebene nicht in der Lage sind, eine bestimmte Aufgabe zu lösen (Subsidiarität). Zweitens ist es sinnvoll, die Angebote durch eine vielfältige und heterogene Trägerlandschaft zu organisieren (Trägervielfalt). Drittens ist die Demokratie keine Sache des Staates allein – zur Auseinandersetzung mit Demokratie und politischer Bildung gehört auch immer der kritische Blick auf Institutionen und Strukturen (Machtkritik). Diese Aufgabe kann der Staat nicht (allein) leisten.

Wie seit langem von verschiedenen Seiten betont wird, sollte die Demokratieförderung in Deutschland endlich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Denn solange Programme zur Demokratieförderung auf Bundes- und Landesebene lediglich auf Förderrichtlinien beruhen, bleiben sie abhängig von politischen Mehrheiten und ministeriellen Schwerpunktsetzungen. Demokratietarbeit benötigt jedoch Verlässlichkeit, Planungssicherheit und institutionellen Schutz.

Ein Demokratiefördergesetz wäre deshalb weit mehr als ein Verwaltungsakt. Es ändert die Ausgangslage der Demokratietarbeit: Die Legislative stellt den gesellschaftlichen Bedarf von Bildung, Prävention und Beratung fest und beauftragt die Exekutive mit der Umsetzung und Förderung dieser Angebote. Der demokratische Staat verteidigt nicht nur seine Institutionen, sondern wird auch verpflichtet, jene Menschen und Organisationen zu schützen und unterstützen, die Demokratie im Alltag lebendig halten.

Es ist ein Lichtblick, dass das Land Hessen eine Vorreiterrolle einnimmt und gegenwärtig ein eigenes Demokratiefördergesetz plant. Der zuständige hessische Innenminister Roman Poseck sollte bei diesem Vorhaben weiterhin klar bleiben: rechtsextreme Gefahren benennen und die zentrale Rolle der demokratischen Zivilgesellschaft anerkennen. So kann gegen alle fragwürdigen Delegitimierungsversuche und Diskussionen eine neue Grundlage für die Demokratietarbeit geschaffen werden – mit Subsidiarität, Trägervielfalt und Machtkritik als wesentlichen Grundbausteinen.

„ ...zur Auseinandersetzung mit Demokratie und politischer Bildung gehört auch immer der kritische Blick auf Institutionen und Strukturen (Machtkritik). Diese Aufgabe kann der Staat nicht (allein) leisten.“